

Antrag

der Abgeordneten Brigitte Freihold, Jan Korte, Dr. Petra Sitte, Doris Achelwilm, Simone Barrientos, Birke Bull-Bischoff, Anke Domscheit-Berg, Nicole Gohlke, Norbert Müller (Potsdam), Sören Pellmann, Katrin Werner, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.

Ein binationales deutsch-polnisches Museum – Gedenken, Aufklärung und Verantwortung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im September 2019 begehen wir den 80. Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf Polen, in dessen Folge fast 6 Millionen Polen (fast 20 Prozent der Vorkriegsbevölkerung), darunter mehr als 3 Millionen polnische Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma, zu Tode gekommen sind. Damit hat Polen, gemessen an seiner Einwohnerzahl, die höchste Opferrate aller von Deutschland überfallenen Länder.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im Vertrag mit der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 dazu verpflichtet, die Entwicklung zwischenmenschlicher Kontakte, als eine unerlässliche Voraussetzung für die Verständigung und Versöhnung beider Völker, durch persönliche Begegnungen zwischen ihren Bürgern umfassend zu fördern und gleichzeitig den Kulturaustausch auf allen Ebenen zu intensivieren. Beide Staaten haben im Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit vom 14. Juli 1997 den Beitrag der Polen und Deutschen zum gemeinsamen kulturellen Erbe Europas anerkannt und die gegenseitige Durchdringung und Bereicherung beider Kulturen, die sich bereits seit Jahrhunderten vollzieht, begrüßt.

Dennoch verfügen junge Menschen in der Bundesrepublik Deutschland noch immer über wenige Kenntnisse bezüglich der deutsch-polnischen Beziehungen und ihrer Geschichte sowie des damit einhergehenden, intensiven Austauschs zwischen Deutschen und Polen auf kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Ebene.

Laut einer aktuellen Umfrage des „Deutsch-Polnischen Barometers“ (Institut für Öffentliche Angelegenheiten – ISP –, der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und der Körber Stiftung) empfinden nur 29 Prozent der Deutschen Sympathie für Polen – dem gegenüber stehen allerdings 56 Prozent der befragten Polen, die Sympathien für Deutschland hegen (siehe: www.kas.de/wf/doc/kas_52649-1522-1-30.pdf?1805301-51831.) Daraus folgt, dass Polen die deutschen Nachbarn mehr schätzen als umgekehrt und das, obwohl in der deutschen Gesellschaft insbesondere ein Bewusstsein für die gezielten deutschen Verbrechen an Polen, polnischen Juden sowie Sinti und Roma und die rassistische und politische Verfolgung von Polen durch Deutsche während der

deutschen Besatzung 1939 bis 1945 nur unvollständig vorhanden ist (vgl. Ergebnisse der CNN-Studie, <https://edition.cnn.com/interactive/2018/11/europe/antisemitism-poll-2018-intl/>).

Um diesen Phänomenen zu begegnen, muss insbesondere der Bereich der kulturellen und politischen Bildung gestärkt werden. Die Förderung eines Bewusstseins für die jahrzehntelangen Beziehungen und den Austausch mit unserem Nachbarland, welcher schon im frühen Mittelalter begann, und die daraus resultierende wechselseitige kulturell-historische Beeinflussung mit vielfach tragischen, teilweise aber auch fruchtbaren Folgen, findet in Deutschland noch immer nur marginale Beachtung (etwa: mittelalterliche Städtegründungen; Landshuter Hochzeit 1475; die Ansiedlung deutscher Sinti in Polen, die im 15. und 16. Jahrhundert vor Verfolgung in Deutschland geflohen sind; die sächsischen Könige in Warschau 1697 bis 1762; Polens älteste moderne Verfassung Europas vom 3. Mai 1791; das Hambacher Fest im Sommer 1832; die „Ruhrpolen“ – Arbeitsmigration von Polen nach Westen seit dem 19. Jahrhundert; die Bedeutung der Polen für die deutsche Arbeiterbewegung; Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder der Einfluss auf das jüdische Leben in Deutschland sowie die Demokratiebestrebungen polnischer Intellektueller und Werftarbeiter*innen in der Neuzeit).

Gleiches gilt für die Berücksichtigung von bis heute andauernden Folgewirkungen belastender Erfahrungen, die oft mit der Weitergabe von Traumata an nachkommende Generationen verbunden sind (insbesondere betreffend die deutsche Besatzung, Zwangsarbeit und den Genozid an 6 Millionen Polen, darunter 3 Millionen polnische Juden sowie Sinti und Roma während des Zweiten Weltkrieges aber auch der Germanisierungsbestrebungen und sog. Grenzkolonisation während der Kaiserzeit in der Folge der drei Teilungen Polens durch Preußen 1772, 1793, 1795 u. Ä.).

Ein deutsch-polnisches Doppelmuseum kann den Prozess der Aufklärung und Versöhnung im Sinne der deutsch-polnischen Abkommen von 1991 und 1997 intensivieren und zugleich einen Beitrag zum Abbau von Bildungsdefiziten leisten. Es bietet dabei die Chance, fundiertes Wissen und Gedenken mit historischer Vermittlung zu verbinden und kommuniziert gleichzeitig die Botschaft, dass Deutschland zu seiner Vergangenheit und der damit verbundenen Verantwortung mit Blick auf das den Polen zugefügte Leid steht.

Zugleich wird die mehrhundertjährige Geschichte des intellektuellen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Austauschs und gegenseitigen Profitierens anerkannt und der Fokus auf eine gemeinsame Zukunft in Europa und die Demokratietradition Polens gerichtet. Das Doppelmuseum kann außerdem den polnischen Beitrag zur deutschen Geschichte sowie umgekehrt die deutschen Einflüsse auf Polen (jeweils wirtschaftlich, intellektuell, künstlerisch und auf anderen Ebenen) erfahrbar machen sowie aktuelle Tendenzen und Impulse beider Gesellschaften aufgreifen. Dadurch bietet es die Gelegenheit, einen aktiven Beitrag zur Aussöhnung zu leisten und eine wichtige Basis zu schaffen, um Austausch, Begegnung, Erinnerung, Gedenken sowie Bildung zu ermöglichen.

Mit Häusern in Deutschland (vorzugsweise Berlin) und Polen (etwa in Posen oder Warschau) kann das binationale Museum des Weiteren eine ständige Kooperation zwischen beiden Ländern fördern und auf eine institutionalisierte Ebene heben. Als gemeinsame, binationale Institution ergeben sich daraus zahlreiche Möglichkeiten und Anknüpfungspunkte für gemeinsame interdisziplinäre Ausstellungsprojekte, Diskussionsveranstaltungen, auch mit weiteren Akteuren der kulturellen und historischen Bildung, sowie für die Darstellung historischer Narrative, die jeweils aus deutscher und polnischer Perspektive beleuchtet und hinterfragt werden können. Dabei sollten nicht nur Anknüpfungspunkte für die Auseinandersetzung mit der deutsch-polnischen Geschichte und Hochkultur geboten werden, sondern vielmehr durch einen partizipativen Ansatz Raum für zivilgesellschaftliches Engagement hergestellt und die Besucher*innen zur Mitgestaltung der Begegnung angeregt werden. Die gemeinsame Arbeit von

Kurator*innen und wissenschaftlichen Expert*innen im Museum schafft außerdem einen Austausch mit einer Breitenwirksamkeit in der Gesellschaft, der bislang nicht mittels einer gemeinsamen Institution, sondern jeweils unilateral und oft ausschließlich im Rahmen einer Fachöffentlichkeit stattfand (etwa Deutsches Historisches Institut – DHI – Warschau und Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften). Das Aufbrechen dieses Musters durch das Doppelmuseum schafft maßgebliche Voraussetzungen für eine bereits überfällige, breite gesellschaftliche Teilnahme und Teilhabe an der deutsch-polnischen Kultur. Dadurch wird ein Perspektivwechsel für die Zivilgesellschaft möglich, sowohl mit Blick auf die gemeinsame Geschichte und ihre Wahrnehmung als auch hinsichtlich aktueller Lebenswelten beider Gesellschaften.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. bei den nächsten deutsch-polnischen Regierungskonsultationen Gespräche mit der polnischen Seite betreffend die Gründung eines deutsch-polnischen Doppelmuseums mit Standorten jeweils im anderen Land aufzunehmen;
2. Eine Kommission einzusetzen, die aus Vertreter*innen von Politik, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft aus beiden Ländern besteht und die Überlegungen zur künftigen Gestalt dieses Doppelmuseums, zu seiner rechtlichen Verfasstheit sowie seinen inhaltlichen Perspektiven erarbeitet und erste Ergebnisse bis zum 1. September 2020 präsentiert.

Berlin, den 12. März 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Ein deutsch-polnisches Doppelmuseum bietet die Möglichkeit, über kulturhistorische Wahrnehmungen und Mythen aufzuklären. Es hat einen Ausstrahlungseffekt auf die Zivilgesellschaft und erlaubt vielfältige gemeinsame Projekte in Schulen und mit Jugendlichen in Deutschland und Polen (gute Vermittlungsmöglichkeit in Zusammenarbeit mit bestehenden Institutionen wie dem Deutsch-Polnischem Jugendwerk (DPJW), den Deutsch-Polnischen Gesellschaften, der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit (SdpZ) und anderen). Die gemeinsame Arbeit am und im Museum verstärkt somit nicht nur die binationalen Bindungen sondern gleichermaßen auch die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe im Bereich der Kultur von Polen und Deutschen. Um dies zu realisieren, bietet es sich an, Räume für Workshops und andere interaktive Formate in dem Museum einzurichten, welche durch das präsentierte Wissen und Erfahrungen die Realisierung von Theater-, Kunst- oder Musikprojekten im deutsch-polnischen Kontext befördern könnten. Diese ermöglichen, das Augenmerk nicht nur auf das Verhältnis zwischen gemeinsamer Geschichte und Vergangenheit von Deutschland und Polen zu legen, sondern über Verbindungen und Gemeinsamkeiten hinaus auch Widersprüche im Bereich der darstellenden Kunst und Kultur als solcher zu reflektieren. Der durch diese Interaktion ermöglichte Perspektivwechsel, kann gegenseitiges Verständnis fördern und z. B. zeigen, warum Polen vor dem Hintergrund ihrer Geschichte und geographischen Lage ein besonderes Sicherheitsbedürfnis gegenüber ihrer Nachbarstaaten Russland und Deutschland hegen, und die Hintergründe verschiedener polnischer historischer Narrative (z. B. Inter-mare-Konzept) erklären.

Das Museum ist ein Bekenntnis zur gemeinsamen Vergangenheit in Europa, zu den deutschen Verbrechen und zur deutschen Schuld und bietet die Gelegenheit, insbesondere die Geschichte der polnischen Juden vielfältig und detailliert aufzuarbeiten.

Ein deutsch-russisches Museum in Berlin-Karlshorst gibt es bereits und es wäre insbesondere auch ein Zeichen für viele Tausende Auslandspolen (Polonia) in Deutschland, einen Ort zu kreieren, an dem auf moderne und aktuelle Weise über die deutsch-polnischen Beziehungen berichtet wird. Dieser Schritt wäre vor allem auch angesichts einer angespannten Außenpolitik und sich häufender rassistischer Haltungen in Europa ein wichtiger Beitrag.

Am 15. November 2018 hatten sich bereits Vertreter Polens bei einer Konferenz im Auswärtigen Amt in Berlin wohlwollend auf die Idee eines solchen Doppelmuseums bezogen, die von dem Experten für deutsch-polnische Beziehungen, Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt (Touro College, Berlin) formuliert wurde (vgl. „Die Nachbarn verstehen lernen“, DER TAGESSPIEGEL vom 2. August 2018). Das Interesse der polnischen Seite veranschaulicht, welchen Beitrag die Bundesrepublik Deutschland zur Vertiefung der bestehenden zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit in beiden Nachbarstaaten und zur Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen leisten kann.